MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

N I E D E R S C H R I F T

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg am Freitag, 26. April 2013, 16:30 Uhr, im Sitzungssaal Barfüßerstraße 50, Erdgeschoss.

Anwesenheit:

SPD:	Backes, Büchner, Daser, Dehmel, Dinnebier, Dirmeier, Hesse, Hussein, Löwer, Lotz-Halilovic, Meyer, Dr. Musket, Rink, Seelig, Dr. Seemann, Sell, Severin, Simon, Weidemann, Dr. Wiegand, Wölk
CDU:	Brunnet, Heck, Jannasch, Kaufmann, Kissel, Muth, Pfalz, Range, Röhrkohl, Scherer, Stompfe, Stötzel, Vaupel
GRÜNE:	Flohrschütz, Göttling, Dr. Lindemann, Messik, Dr. Perabo, Sollwedel, Dr. Therre-Staal, Volz
Marburger Linke:	Adsan, Bauder-Wöhr, Köster-Sollwedel, Schalauske
FDP:	Sawalies
MBL:	Becker, Dr. Uchtmann
BFM	Suntheim-Pichler
Piraten	Dr. Weber

Hauptamtlicher Magistrat:

Oberbürgermeister Vaupel
Bürgermeister Dr. Kahle
Stadträtin Dr. Weinbach

Ehrenamtlicher Magistrat:

Stadtrat Biver
Stadtrat Hertlein
Stadträtin Laßmann
Stadträtin Oppermann
Stadtrat Rehlich
Schulze-Stampe
Stadtrat Sprywald
Stadtrat Stürmer

Es fehlten entschuldigt:

Die Stadtverordneten Böttcher (SPD), Schaffner (CDU), Dr. Baumann, Dorn, Neuwohner, Nezi, Seitz (B90/Die Grünen), Schartner (FDP), Stadtrat Reinhard und Stadträtin Dr. Sewering-Wollanek

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner, Stabsstelle Kommunale Gremien

Protokoll:

zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) eröffnet die Sitzung um 16:36 Uhr und begrüßt alle Anwesenden.

Der Stadtverordnete Björn Backes (SPD) hat heute Geburtstag. Der Stadtverordnetenvorsteher gratuliert zusammen mit dem Oberbürgermeister im Namen des gesamten Hauses und überreicht einen Blumenstrauß.

Ebenso informiert der Stadtverordnetenvorsteher die Stadtverordnetenversammlung, dass der Ehrenbürger der Universitätsstadt Marburg Prof. Dr. Reinfried Pohl heute ebenfalls Geburtstag hat. Der Stadtverordnetenvorsteher übermittelt im Namen des Hauses herzliche Glückwünsche.

Die form- und fristgerechte Ladung und die Beschlussfähigkeit der heutigen Sitzung werden festgestellt. Gegen diese Feststellung wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

---

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 22. März 2013 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Somit gilt die Niederschrift in der ausgedruckten Fassung als genehmigt.

---

zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung

Zur heutigen Tagesordnung liegen zwei dringliche Anträge vor.

1. **Dringlicher Antrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Stillstand in der Hauptpost, VO/2273/2013.**

Die Fraktionen haben sich gestern in der Sitzung des Ältestenrates geeinigt, den Antrag als Tagesordnungspunkt 9.1 in die heutige Tagesordnung aufzunehmen. Dagegen wird aus dem Hause nicht gesprochen. Folglich wird wie vorgeschlagen verfahren. Der Antrag liegt dieser Niederschrift als Anlage mit bei.

2. **Dringlicher Antrag der CDU Fraktion betr.: Öffnung Elisabethkirche, VO/2274/2013.**

Die Dringlichkeit wird zusätzlich begründet durch die Stadtverordnete Röhrkohl (CDU). Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister. Der Stadtverordnete Göttling spricht formal gegen die Dringlichkeit.

In der anschließenden Abstimmung wird jedoch das von der Hessischen Gemeindeordnung geforderte Quorum von Zweidritteln des Hauses nicht erreicht.

Folglich kann der Antrag nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Auch diese Vorlage liegt der Niederschrift als Anlage bei.

Der Stadtverordnetenvorsteher gibt anschließend einen Überblick über die Tagesordnung und die in den Ausschüssen angemeldeten Aussprachen und die von den Ausschüssen empfohlenen Zurückstellungen.

Weitere Änderungen der Tagesordnung werden nicht beantragt. Insofern gilt sie in der vorliegenden Fassung als genehmigt.

---

zu 4 Fragestunde

---

zu 4.1 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Wieland Stötzel (Nr. 01 04/2013) Vorlage: VO/2260/2013

Wie ist der Stand der Realisierung des sogenannten Handy-Parkens (StVV-Beschluss vom 27.01.2012)?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Prüfung, in welchen Stadtteilen und/oder an welchen Stellen in einem Teilgebiet der Stadt Marburg ein Handyparksystem eingerichtet werden kann, hat ergeben, dass ein solches System alle Bereiche des hoheitlichen Parkens, d.h. alle mit Parkscheinautomaten bewirtschafteten Stellplätze im öffentlichen Straßenraum, erfassen sollte. Eine Beschlussvorlage der Verwaltung mit einem Vorschlag für das anzuwendende System, der Eingrenzung der mit Handyparken bewirtschafteten Bereiche und den zu erwartenden Auswirkungen auf den städtischen Haushalt und auf die Nutzer des Systems wird aktuell erarbeitet.

---

zu 4.2 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Anke Lindemann (Nr. 02 04/2013) Vorlage: VO/2261/2013

Das Anglerheim (Marburg-Wehrda) wird zuweilen stark frequentiert und auch von Kindern und Jugendlichen besucht. Es liegt an der Goßfeldener Straße, die nur auf der gegenüberliegenden Straßenseite einen Bürgersteig hat. Um zu einer der Bushaltestellen in Richtung Marburg zu gelangen, muss ein längerer Fußweg zurückgelegt und die Straße gequert werden. Wie will die Stadt das sichere Erreichen der Bushaltestellen gewährleisten?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Eine Planung für eine Überquerhilfe im Bereich des Anglerheimes in Marburg-Wehrda liegt bereits vor und wurde in der Verkehrs-AG erörtert.

Seitens der Verkehrs-AG wird der Nutzen dieser Überquerhilfe nur als gering eingeschätzt. Es soll zunächst eine Kostenermittlung erstellt werden. Durch den evtl. Bau der Überquerhilfe werden auf dem Grundstück des Anglerheimes einige Parkplätze entfallen, hier müssten noch Gespräche mit dem Anglerverein über die Bereitschaft Grundstücksflächen aus dem Parkplatz abzugeben, geführt werden. Der Fachdienst Tiefbau wird in dieser Angelegenheit weiterhin tätig bleiben.

---

zu 4.3 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Anke Lindemann (Nr. 03 04/2013)
Vorlage: VO/2262/2013

Warum sind auf der Internet-Seite der *Marburger Altenhilfe St. Jakob GmbH* weiterhin weder das *Altenpflegeheim Cölbe* noch das *Cafe/Bistro/Restaurant Culina* zu finden? Wann wird Abhilfe geschaffen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Wie dem Aufsichtsrat in der Sitzung am 21.03.2013 berichtet, wird der Internetauftritt der Marburger Altenhilfe St. Jakob zur Zeit überarbeitet und voraussichtlich Ende April 2013 zur Verfügung stehen. Dann wird auch Cölbe inklusive eines Werbefilms vertreten sein.

Für das Restaurant Café Bistro Culina wird es eine eigene Internetseite geben, die ab 15.04.2013 ins Netz gestellt wird.

---

zu 4.4 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Gerald Weidemann (Nr. 04 04/2013)
Vorlage: VO/2289/2013

Wann wird der Radweg am Fuße des Ortenberges gebaut?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Im Rahmen des Ortenbergkonzeptes (Sanierungsprojekt) wird derzeit in einem 1. Planungsabschnitt die Radwegverbindung von der Alten Kasseler Straße zum Waggonhallenareal geplant.
Mit der Realisierung könnte frühestens im Herbst 2013 begonnen werden.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Weidemann (SPD) wird ebenfalls von Bürgermeister Dr. Kahle beantwortet.

---

zu 4.5 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 05 04/2013) Vorlage: VO/2263/2013

Es kommt gelegentlich vor, dass wegen Rohrbrüchen o. ä. ungeplant an verkehrlich neuralgischen Punkten kurzfristige Fahrbahnsperrungen erforderlich werden, z. B. Mitte März 2013 am Rudolphsplatz. Das führt beim ÖPNV zu erheblichen Verspätungen auf fast allen Linien. Welche Möglichkeiten sieht der Magistrat, in solchen speziellen Fällen kurzfristig den Verkehr durch Ordnungskräfte zu regeln, damit insbesondere zu Schulschluss bzw. den Hauptverkehrszeiten der Busverkehr nicht über Gebühr beeinträchtigt wird?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Verkehrsregelungen durch die Ordnungspolizei oder die Polizei finden immer - auch kurzfristig - dann statt, wenn durch die Regelung eine Verbesserung des Verkehrsflusses möglich ist.

Ein Wasserrohrbruch am Rudolphplatz vor der Gaststätte Brauhaus führte Mitte März dazu, dass eine Fahrspur Richtung Universitätsstraße gesperrt werden musste. Der ÖPNV, Rettungsdienst, Polizei und Feuerwehr wurden umgehend informiert.

Für die Regelung beider Kreuzungen - insbesondere unter Berücksichtigung der Sicherheit der Fußgänger - wären mindestens acht Personen notwendig gewesen, die jederzeit aufeinander abgestimmt auf PKWs, Fahrradfahrer und Fußgänger hätten achten müssen.

Eine Verkehrsregelung der beiden Kreuzungen Rudolphplatz und Pilgrimstein hätte zudem nicht zu einer Verbesserung der Verkehrssituation beigetragen, weil alternative Aufstellflächen für Fahrzeuge in dem gesamten Bereich Universitätsstraße, Weidenhäuser Brücke, Pilgrimstein, Biegenstraße nicht vorhanden sind.

Aus diesem Grund wurde entschieden, die Ampelanlagen nicht auszuschalten.
Beschwerden sind bei der Verkehrsüberwachung nicht eingegangen, weil sich vermutlich jeder dieser besonderen Situation bewusst war.

---

zu 4.6 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Marianne Wölk (Nr. 06 04/2013) Vorlage: VO/2264/2013

Kann der Magistrat Auskunft erteilen, welche Liegenschaften von der katholischen Kirche an die Mosaikschule zur Nutzung überlassen sind? Wie lange laufen die Mietverträge?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Die Universitätsstadt Marburg hat von der Katholischen Kirchengemeinde St. Johannes die Liegenschaft Großseelheimerstraße 12, das ehemalige Getrudisheim, als Schulgebäude für die Mosaikschule angemietet.

Der Mietvertrag läuft noch bis zum 31.07.2016 und verlängert sich jeweils um 1 Jahr, wenn er nicht spätestens 12 Monate vor Ablauf der Mietzeit schriftlich gekündigt wird.

---

zu 4.7 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Marianne Wölk (Nr. 07 04/2013) Vorlage: VO/2265/2013

Kann der Magistrat Auskunft erteilen, ob die katholische Kirche beabsichtigt, gegenüber der Mosaikschule Kündigungen bezüglich der Liegenschaften auszusprechen, um diese für studentischen Wohnraum zu nutzen?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Nein. Davon ist dem Magistrat nichts bekannt.

Eine Kündigung wäre vor Ablauf des Mietvertrages im Jahr 2016 auch gar nicht möglich und seitens der Kirche gibt es keine Informationen über ein geändertes Nutzungsvorhaben.

---

zu 4.8 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Marco Nezi (Nr. 08 04/2013) Vorlage: VO/2266/2013

Welche Fortschritte kann der Magistrat zur Entwicklung eines Fahrradparkhaus-Konzepts am Hauptbahnhof berichten, insbesondere zum Sachstand bei angedachten Kooperationsmöglichkeiten zu potentiellen Betreibermodellen?

Da der Fragesteller heute nicht anwesend ist, wird die Antwort schriftlich mit dem Protokoll erteilt.

Im Rahmen der Sanierung und Erweiterung des Parkhauses am Bahnhof ist als ein Baustein die Fahrradstation vorgesehen. Sie ist Teil des Gesamtprojektes, das von den Stadtwerken Marburg durchgeführt wird. Zurzeit wird von den SWM die Wirtschaftlichkeit der Maßnahme geprüft.

Das Entwurfskonzept, das bereits im Gestaltungs-, Denkmal- und

Radverkehrsbeirat vorgestellt wurde, hat zu grundsätzlich positiven Reaktionen geführt.
Im Frühjahr sollen Gespräche mit potentiellen Betreibern geführt werden.

<u>Zuständiger Dezernent:</u> Bürgermeister Dr. Kahle

---

zu 4.9 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dominic Dehmel (Nr. 09 04/2013)
Vorlage: VO/2267/2013

Der Magistrat wird gebeten darüber Auskunft zu geben, ob Überlegungen bestehen, in Marburg Hybrid- oder E-Busse einzusetzen (vielleicht im Rahmen von Modellversuchen)?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Universitätsstadt Marburg setzt im ÖPNV auf den umweltfreundlichen Einsatz von Omnibussen mit Erdgasantrieb.

Die Stadtwerke Marburg haben daher seit 2005 50 % der gesamten Busflotte, d.h. 37 Fahrzeuge, auf Erdgasantrieb umgestellt. Damit verkehrt in Marburg die größte Omnibusflotte mit Erdgasantrieb.
Überlegungen, auf Hybrid- oder elektrischen Antrieb umzustellen, bestehen nicht.

zu 4.10 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dominic Dehmel (Nr. 10 04/2013)
Vorlage: VO/2268/2013

Der Magistrat wird gebeten, darüber Auskunft zu geben, ob Gespräche zu Novartis stattgefunden haben, um auf den Gebäuden des MARS-Gelände (Görzhausen II) PV-Anlagen zu errichten.(Zur Information: Novartis könnte sich vorstellen auf den geeigneten Dachflächen PV-Anlagen zu installieren, leider stehen dafür keine Mittel zur Verfügung und es könnte dennoch realisiert werden, wenn zum Beispiel die Stadtwerke Marburg die Flächen anmieten und die Anlagen realisieren könnten).

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Mit Novartis sind in den letzten Jahren mehrere Gespräche zur möglichen Nutzung von Windenergie und Solarenergie zur Stromerzeugung geführt worden. Leider hat sich bislang kein wirtschaftlicher Weg zur Umsetzung solcher Projekte gefunden.

Aufgrund der Hinweise des Fragestellers soll nun erneut mit Novartis erörtert werden, inwieweit eine Eigen- oder Fremdproduktion von PV-Strom realisiert werden kann.

---

zu 4.11 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 11 04/2013) Vorlage: VO/2269/2013

Wie wird der Magistrat - trotz Reglementierungen durch die Firma Sita - zukünftig sicherstellen, dass die Marburger Bürger/innen ausreichend mit gelben Säcken versorgt sind und somit die Entsorgung von Recyclingstoffen in der Restmülltonne vermieden wird?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Im Landkreis Marburg-Biedenkopf ist derzeit die Firma SITA seitens des DSD mit der Organisation der Einsammlung von Verpackungsabfällen beauftragt. Hierfür stellt SITA Gelbe Säcke oder Gelbe Container zur Verfügung. In Ausnahmefällen - bei Problemen mit Ratten, Waschbären, Krähen, …, sind seitens SITA auch Gelbe Tonnen zugelassen.

Bei Sammlung in Gelben Containern/Tonnen sollen die Verpackungsabfälle lose in die Behältnisse gefüllt werden. Gelbe Säcke werden in diesen Gebieten nicht verteilt.

Bei Sammlung mittels Gelben Säcken hat SITA die Versorgung sicherzustellen. Hierfür erfolgt seitens SITA eine flächendeckende Verteilung (2 x im Jahr). Zusätzlich können Gelbe Säcke bei folgenden Stellen kostenlos abgeholt werden:

- DBM
- Stadtbüro
- Umweltladen
- Ortsvorsteher und Verwaltungsaußenstellen

Die Abgabe wird nicht reglementiert. Eine Versorgung der Bürgerinnen und Bürger ist gewährleistet.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Severin (SPD) und Schalauske (Marburger Linke) werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

zu 4.12 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Christa Perabo (Nr. 12 04/2013) Vorlage: VO/2270/2013

Kann der Magistrat Auskunft geben, welche Marburger Schulen von welchen Firmen / Initiativen mit Mittagessen beliefert werden, wie viele Essen dies jeweils sind und wieweit der Beschluss zum Veggi-Day dabei berücksichtigt ist?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Bereits seit 2008 gibt es für die Cafeterien Pachtverträge mit

Leistungsvereinbarungen zur Mittagessensversorgung an Schulen. In den Leistungsvereinbarungen wird eine Checkliste für den Speiseplan dargestellt, aus der deutlich ersichtlich ist, dass es an mindestens einem Tag kein Fisch- oder Fleischgericht geben soll.
Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, in allen Cafeterien und Betreuungsangeboten neben der Normalkost auch ein vegetarisches Gericht zu bestellen.

Die Pächter der Cafeterien wurden mit Schreiben vom 03.04.2012 auf den Beschluss der STVV vom 24.02.2012 zum Veggieday informiert. Wir gehen davon aus, dass sie sich in Absprache mit unseren Schulen selbstverständlich an einem evt. von der Stadt Marburg festgelegten Veggieday (Zuständigkeit Fachdienst 10 bzw. Fachdienst 69) beteiligen werden. Dies liegt in der Verantwortlichkeit der Pächter und Schulen.

In der beigefügten Übersicht sind die Lieferanten und die Essenszahlen aufgeführt.
Es wird darauf hingewiesen, dass es sich um durchschnittliche Zahlen handelt, die an einzelnen Tagen abweichen können (aufgrund von Nachmittagsunterricht und Ganztagsangeboten).

---

zu 4.13 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Matthias Simon (Nr. 13 04/2013)
Vorlage: VO/2271/2013

Wie stellt sich der aktuelle Planungsstand zur Kletterhalle im Bereich der Waggonhalle dar?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Das Grundstück steht seit dem 01.01.2012 im Eigentum der GeWoBau als Sanierungsträger. Zum 01.01.2013 wurde die Nutzung über einen Erbbaurechtsvertrag bis zum 31.12.2111 an den Deutschen Alpenverein abgetreten. Der Deutsche Alpenverein hat am 20.12.2012 einen Bauantrag gestellt, um das Grundstück nebst Gebäude als Kletterhalle zu nutzen. Zurzeit wird dort bereits umgebaut. Auskunft über den genauen Stand der Umsetzung der Umbauarbeiten kann Ihnen der Deutsche Alpenverein geben.

zu 4.14 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 14 04/2013)
Vorlage: VO/2272/2013

Wann wird das Mütterzentrum barrierefrei sein?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Gleichstellungskommission hatte bemängelt, dass das Mütterzentrum Marburg e.V. nicht über einen barrierefreien Zugang verfügt. Deshalb hat der Magistrat in der Sitzung vom 18.03.2013 beschlossen, vom Fachdienst Tiefbau prüfen zu lassen, ob am Zugang zu den Räumlichkeiten des Mütterzentrums eine kleine Rampe eingebaut werden kann.

---

zu 4.15 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Wieland Stötzel (Nr. 15 04/2013)
Vorlage: VO/2280/2013

Wie oft wurde in 2012 der Oberstadtaufzug durch Fremdeinwirkung beschädigt bzw. wie oft stand er wegen technischer Defekte still und wie hoch waren insgesamt die Reparaturkosten?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Da die Daten über die Störung, Instandsetzungen und Personen-Befreiungen den Stadtwerken nicht vollständig vorliegen, haben wir Firma EltPlan, die von der Stadt mit der Betreuung der beiden Oberstadtaufzüge beauftragt wurde, gebeten, die gewünschten Informationen für den Zeitraum 01.01.2012 - 31.12.2012 zusammenzustellen. Zunächst die tabellarische Übersicht:

Oberstadtaufzug - Kleine Kabine und Große Kabine

Jahr	Störungen	Reparaturen
2012	26	44

Personenbefreiungen	Jahreskosten
79	ca. 20.000,00 €

Die Aufzüge haben in der Betriebszeit von täglich 6:00 Uhr - 01:00 Uhr sehr viele Fahrten pro Stunde. Die hohen Betriebszeiten und das Alter der Aufzüge verursachen einen höheren Verschleiß an Betriebskomponenten, die aufgrund des Alters der Anlagen jeweils erst angefertigt werden müssen. Dies bedeutet noch längere Stillstandzeiten der Aufzüge. Die Anzahl der Reparaturen und Störungen ist jährlich steigend. Beide Aufzüge sind insbesondere Freitag, Samstag und Sonntag sowie an Tagen mit Großveranstaltungen von erhöhten Vandalismusschäden betroffen. Die Reparaturarbeiten sind oft umfangreich und aufwendig, die Schadenssummen sind teilweise beträchtlich.

Durch den raschen Einsatz des Parkhauspersonals können in Verbindung mit der Polizei vereinzelt Täter personifiziert werden. Der hohe Verschleiß der Bauteile und der Ausfall der Steuerungen zusammen mit Vandalismus erfordern häufig Personenbefreiungen.

---

zu 4.16 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anni Röhrkohl (Nr. 16 04/2013)
Vorlage: VO/2281/2013

Wie weit sind im neuen Stadthallenkonzept konkrete Vorschläge entwickelt, um Erwin Piscator entsprechend zu würdigen?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Wir verweisen auf die Beschlussverfolgung aufgrund des Antrages der CDU-Fraktion vom 10.08.2012 betr. Würdigung von Erwin Piscator, worin folgender Bericht an die Politik zum Stand der Umsetzung vom 10.12.2012 zu ersehen ist:

„Der Fachdienst Kultur wird in einem der beiden „Aktionsräume" im 1. Obergeschoss des künftigen Erwin-Piscator-Hauses das Gedenken an Erwin Piscator präsentieren, allerdings nicht als exklusive Ausstellung, sondern als Begleitung der sonstigen Nutzung dieses Raumes. Basis wird die in den 90er-Jahren vom Fachdienst Kultur erstellte Ausstellung zu Erwin Piscator sein. Diese Präsentation wird 2014/2015 zur Wiedereröffnung im Herbst 2015 erstellt."

---

zu 4.17 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anni Röhrkohl (Nr. 17 04/2013) Vorlage: VO/2282/2013

Der Magistrat möge mitteilen, ob im Kulturkonzept der neuen Stadthalle die Möglichkeiten für Kunstausstellungen vorgesehen ist und wie diese aussieht.

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Eine kleine Anfrage der B90/Die Grünen vom 12.02.2013 das gleiche Thema betreffend wurde folgendermaßen beantwortet:

„Mit Sanierung und Ausbau erweitert das Erwin-Piscator-Haus seine räumlichen Kapazitäten und damit auch die Ausstellungsmöglichkeiten. So soll in einem der Aktionsräume im 1. Obergeschoss eine Präsenzausstellung zu Erwin Piscator gezeigt werden. In den beiden Foyers im 1. und 2. Obergeschoss, auch in den Räumlichkeiten des KFZ, wird es geeignete Ausstellungsmöglichkeiten geben.
Derzeit betreut der Marburger Kunstverein e. V. die Ausstellungen in der Stadthalle. Diese gute Lösung sollte fortgesetzt werden, auch weil heimische Künstler dabei im Mittelpunkt stehen. Dies wird sicherlich auch für die Ausstellungsmöglichkeiten im neuen KFZ gelten."

---

zu 4.18 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Stephan Muth (Nr. 18 04/2013) Vorlage: VO/2291/2013

**Die Bundesnetzagentur hat entschieden, dass die Telekom AG die eigenen Turbo-Internetleitungen (Vektoring) auch anderen Internetanbietern zur Verfügung stellen muss. Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass auch die Telekom auf Leitungen konkurrierender Unternehmen zugreifen darf.
Was bedeutet dies für den Glasfaserausbau durch die Stadtwerke Marburg?**

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Deutsche Telekom AG (DTAG) hat bei der Bundesnetzagentur (BNetzA) einen Antrag auf „Änderung der Zugangsregelung zur

Teilnehmeranschlussleitung" bei Einsatz von „Vectoring" gestellt, um durch das Vectoring-Verfahren eine höhere Übertragungsrate im bestehenden Kupfernetz zu ermöglichen (theoretische mögliche Bandbreite beträgt mit diesem Verfahren bis zu 100 MBit/s beim Download, es bleibt bei den entfernungsabhängigen Geschwindigkeitsverringerungen). Zu diesem Antrag hat die BNetzA am 10.04.2013 eine Entscheidungsvorlage zur Konsultation herausgegeben. Eine endgültige Verabschiedung zu dem eingereichten Antrag ist bisher nicht erfolgt.

Die DTAG ist nach bestehender Regel aufgrund der marktbeherrschenden Stellung verpflichtet, Leitungen (Teilnehmeranschlussleitungen) und beschaltete Anschlüsse Wettbewerbern zur Verfügung zu stellen.
Der ausgegebene Entwurf zum Thema „Vectoring" sieht vor, dass die DTAG an Kabelverzweigern, an denen sie das Vectoring-Verfahren nutzt oder plant, die reine Teilnehmeranschlussleitung nicht mehr anderen Wettbewerbern zur Verfügung stellen muss.

Die Stadtwerke Marburg setzen statt auf die vorhandenen veralterten Kupferleitungen der DTAG, die durch das Vectoring-Verfahren eine Aufwertung des bestehenden Kupfernetzes erfahren soll, auf modernste neue Glasfaserkabel bis in die Wohnungen (FTTH). Damit ist nicht nur der Bedarf an größeren Bandbreiten für die nächsten 5, sondern 30 bis 40 Jahre abgedeckt.
Diese komplett neue Glasfaserinfrastruktur hat keine Berührungspunkte mehr mit dem vorhandenen Netz der DTAG.
Daher betreffen die Entscheidungen im Vectoring-Verfahren der BNetzAdas Vorhaben der Stadtwerke Marburg nicht (im Gegensatz zum Ausbauvorhaben des Landkreises).

---

zu 6 Bauleitplanung der Universitätsstadt Marburg
• Beschluss zur Aufstellung des (vorhabenbezogenen) Bebauungsplans Nr. 6/13-1 als Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß §13a BauGB
• Kenntnisnahme des Berichts der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung gemäß § 3 (1) und § 4 (1) BauGB
• Offenlagebeschluss
Vorlage: VO/2176/2013

Vor Aufruf dieses Tagesordnungspunktes hat der Stadtverordnete Simon (SPD) den Saal wegen möglicher Interessenkollision gemäß § 25 HGO verlassen.

Für den Umweltausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Volz (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der Fraktion Marburger Linke und bei Enthaltung der Piraten Partei sowie Ja-Stimmen aller

übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

1. **Die Aufstellung des vorhabenbezogenen - im Sinne des § 12 BauGB - Bebauungsplans Nr. 6/13-1 „Alte Gärtnerei“ als „Bebauungsplan der Innenentwicklung“ gemäß §13a BauGB wird beschlossen; eine Umweltprüfung gemäß § 2 Abs. 4 BauGB wird nicht durchgeführt.**

2. Dem Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 6/13-1 „Alte Gärtnerei“ wird zum Zwecke der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB und der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 (2) BauGB zugestimmt.

---

zu 9 Dringlichkeitsanträge

---

zu 9.1 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Stillstand in der Hauptpost Vorlage: VO/2273/2013

Die Vorlage wurde auf Empfehlung des Ältestenrates in die Tagesordnung aufgenommen. Für die antragstellende Fraktion Marburger Linke begründet der Stadtverordnete Schalauske die Vorlage zusätzlich mündlich. Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, sich umgehend bei der Deutschen Post AG für einen verbesserten Service in der Hauptpost in der Bahnhofstraße einzusetzen.

zu 10.10 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen betr. Bewohnerparken in den Straßen „Am Schwanhof“ und „Gisselberger Straße“ Vorlage: VO/2165/2013

Für den Umweltausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Volz (B90/Die Grünen). Im Umweltausschuss wurde der Antragstext auf folgende Fassung abgeändert:

„Der Magistrat wird gebeten, im Dialog mit der Bewohnerschaft zu prüfen, ob für die Straßen am Schwanhof und Gisselbergerstraße Bewohnerparken eingerichtet werden soll.“

In dieser Fassung empfiehlt der Umweltausschuss die Zustimmung.

Aussprache wurde im Ältestenrat beantragt.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Büchner (SPD) und Jannasch (CDU), für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister.

Anschließend lässt der Stadtverordnetenvorsteher über die geänderte Antragsfassung abstimmen. Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von SPD, B90/Die Grünen, Marburger Linke und Piraten Partei, Nein-Stimmen von CDU, MBL und BFM, sowie bei Enthaltung der FDP folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, im Dialog mit der Bewohnerschaft zu prüfen, ob für die Straßen am Schwanhof und Gisselbergerstraße Bewohnerparken eingerichtet werden soll.

---

zu 10.12 Antrag der CDU-Fraktion betr. Lärmvermeidung und Sicherheit in der Stadt
Vorlage: VO/2167/2013

Die Vorlage ist im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es berichtet anhand der Niederschrift Stadtverordnetenvorsteher Löwer. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Ablehnung des Antrages. Die Aussprache wurde im Ältestenrat angemeldet. Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Röhrkohl (CDU), Sollwedel (B90/Die Grünen), Köster (Marburger Linke) und Jannasch (CDU), für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister.

Um 17:42 Uhr hat die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Dr. Therre-Staal (B90/Die Grünen) die Sitzungsleitung übernommen.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über den Antrag abstimmen. Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von CDU und FDP und Nein-Stimmen von SPD, B90/Die Grünen, Marburger Linke, BFM und Piraten Partei, sowie bei Enthaltung der MBL folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

---

zu 10.13 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen, SPD und Piraten-Partei betr. Inbetriebnahme der Anlage zur Partikeltherapie auf den Marburger Lahnbergen
Vorlage: VO/2207/2013

Der Antrag ist im Sozialausschuss und im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (B90/Die Grünen).

Im Sozialausschuss ist der Antragtext in drei Teile aufgeteilt worden. Der Antrag hat nun folgende Fassung:

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„1. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Marburg fordert mit Nachdruck, dass die Anlage zur Partikeltherapie am Universitätsklinikum baldmöglichst in Betrieb genommen wird.

2. Sie kritisiert, dass die Landesregierung im „Letter of intent“ vom Januar dieses Jahres die abgelaufene Frist bis zur Inbetriebnahme ohne Not bis in das Jahr 2014 verlängert hat. Die Stadtverordnetenversammlung befürchtet, dass diese Verschiebung auf einen Zeitpunkt nach dem Wahltermin für die Landtagswahl in Wahrheit den Abschied des Landes von der Partikeltherapie bedeutet.

3. Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Landesregierung auf, unverzüglich in Gesprächen mit der Firma Siemens (dem derzeitigen Eigentümer der Anlage), der Rhön-Klinikum AG, dem UKGM, und der Universität das Vorhaben eines Abbaus der Anlage auszuschließen und auf eine klare Entscheidung für eine baldige Inbetriebnahme hinzuwirken. Der Magistrat wird ersucht, auch in diesem Sinne tätig zu werden.“

Über die Ziffern eins bis drei ist im Sozialausschuss einzeln abgestimmt worden. Zu den Ziffern eins und drei empfiehlt der Sozialausschuss mehrheitlich die Zustimmung. Zu Ziffer zwei empfiehlt der Sozialausschuss ebenfalls mehrheitlich die Zustimmung. Aussprache wurde angemeldet.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU).

Auch im Haupt- und Finanzausschuss ist der Antragstext in analoger Verfahrensweise zum Sozialausschuss in drei Abschnitte aufgeteilt worden. Auch hier wurde einzeln abgestimmt. Das Votum des Haupt- und Finanzausschusses deckt sich mit dem des Sozialausschusses.

Um 18:18 Uhr übernimmt wieder Stadtverordnetenvorsteher Löwer (SPD) die Sitzungsleitung.

Der Stadtverordnetenvorsteher eröffnet die Aussprache. Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Messik (B90/Die Grünen), Suntheim-Pichler (BFM), Schalauske (Marburger Linke), Sawalies (FDP), Rink (SPD), Dr. Weber (Piraten Partei), Stompfe (CDU), Hesse (SPD), Göttling (B90/Die Grünen), Pfalz (CDU), Oberbürgermeister Vaupel, Dr. Uchtmann (MBL), Sawalies (FDP), Schalauske (Marburger Linke), Stompfe (CDU), Messik (B90/Die Grünen), Rink (SPD) und Köster (Marburger Linke).

In seinem Wortbeitrag hat der Stadtverordnete Rink (SPD) aus dem zweiten Abschnitt der Beschlussformulierung den folgenden Satz gestrichen:

„Die Stadtverordnetenversammlung befürchtet, dass diese Verschiebung auf einen Zeitpunkt nach dem Wahltermin für die Landtagswahl in Wahrheit den Abschied des Landes von der Partikeltherapie bedeutet.“

Nach der Aussprache lässt der Stadtverordnetenvorsteher über die Ziffern eins bis drei jeweils getrennt abstimmen.

Zu Ziffer 1.:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Marburg fordert mit Nachdruck, dass die Anlage zur Partikeltherapie am Universitätsklinikum baldmöglichst in Betrieb genommen wird.

Zu Ziffer 2.:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD; B90/Die Grünen, Marburger Linken und Piraten Partei, sowie Nein-Stimmen von CDU, BFM, FDP und MBL folgenden Beschluss:

Sie kritisiert, dass die Landesregierung im „Letter of intent“ vom Januar dieses Jahres die abgelaufene Frist bis zur Inbetriebnahme ohne Not bis in das Jahr 2014 verlängert hat.

Zu 3.:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Landesregierung auf, unverzüglich in Gesprächen mit der Firma Siemens (dem derzeitigen Eigentümer der Anlage), der Rhön-Klinikum AG, dem UKGM, und der Universität das Vorhaben eines Abbaus der Anlage auszuschließen und auf eine klare Entscheidung für eine baldige Inbetriebnahme hinzuwirken. Der Magistrat wird ersucht, auch in diesem Sinne tätig zu werden.

---

zu 10.18 Antrag der Piraten-Partei betr. Sozialer Wohnungsbau Vorlage: VO/2225/2013

Die Vorlage ist im Sozialausschuss und im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Für den Sozialausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Severin (SPD). Im Sozialausschuss wurde die Ziffer zwei wie folgt neu gefasst:

„analog zu Bemühungen in anderen deutschten Städten bei Verkauf städtischer Grundstücke und bei städtebaulichen Verträgen darauf hinzuwirken, dass beim Wohnungsbau mit mehr als 20 Wohneinheiten mehr als 15 % Sozialwohnungen errichtet werden sollen. Insbesondere soll hierfür das von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Förderinstrument für den sozialen Wohnungsbau eingesetzt werden – wie zuletzt bei dem Objekt Ritterstraße des Stundentenwerks.“

Nach ausführlicher Beratung empfiehlt der Sozialausschuss der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu verfahren.

Die unveränderte Ziffer 1 der Vorlage wird zur Annahme empfohlen.

Die Ziffer 2 des Ausgangsantrages wurde vom Sozialausschuss abgelehnt.

Die Ziffer 2 in der geänderten Fassung wird vom Sozialausschuss zur Annahme empfohlen. Aussprache wurde angemeldet.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die gleiche Beschlussfassung wie der Sozialausschuss.

Anzumerken ist noch das die Fraktion von SPD und B90/ Die Grünen die Aufnahme einer Protokollnotiz gewünscht haben: Die Fraktionen stimmen dem Antragstext in der neugefassten Formulierung zu, lehnen die Antragsbegründung jedoch ab.

Der Stadtverordnetenvorsteher eröffnet die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt. Es sprechen die Stadtverordneten Dr. Weber (Piraten Partei), Dr. Lindemann (B90/Die Grünen), Bauder-Wöhr (Marburger Linke), Range (CDU), Severin (SPD) und Schalauske (Marburger Linke). Für den Magistrat spricht Bürgermeister Dr. Kahle.

Nach der Aussprache lässt der Stadtverordnetenvorsteher über die einzelnen Antragsbestandteile abstimmen wie in den Ausschüssen.

Zu Ziffer 1.:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der CDU mit dem übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten dafür Sorge zu tragen, dass
(1) die zukünftige kommunale Bau- und Wohnungspolitik in Marburg darauf ausgerichtet wird, besonders diejenigen Projekte zu fördern, die kostengünstigen Wohnraum schaffen.

Zu Ziffer 2. des Ausgangsantrages:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von Piraten Partei und Marburger Linken und Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Die Ziffer 2. des Antrages wird abgelehnt.

Zu Ziffer 2 in der geänderten Antragsfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

(2) analog zu Bemühungen in anderen deutschten Städten bei Verkauf städtischer Grundstücke und bei städtebaulichen Verträgen darauf

hinzuwirken, dass beim Wohnungsbau mit mehr als 20 Wohneinheiten mehr als 15 % Sozialwohnungen errichtet werden sollen. Insbesondere soll hierfür das von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Förderinstrument für den sozialen Wohnungsbau eingesetzt werden – wie zuletzt bei dem Objekt Ritterstraße des Stundentenwerks.

---

zu 10.20 Antrag der Piraten-Partei betr. Seilbahn & Schrägaufzug Vorlage: VO/2228/2013

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Der Bau- und Planungsausschuss hat über Punkt 1 und Punkt 2 der Antragsformulierung getrennt abgestimmt. Beide Antragsbestandteile wurden vom Bauausschuss zur Ablehnung empfohlen.

Die Aussprache ist im Ältestenrat angemeldet worden.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Dr. Weber (Piraten Partei), Hesse (SPD), Volz (B90/Die Grünen), Range (CDU), Dr. Weber (Piraten Partei) und Dehmel (SPD). Für den Magistrat spricht Oberbürgermeister Vaupel.

Während der Aussprache hat von 20:29 Uhr bis 20:55 Uhr die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Wölk (SPD) die Sitzung geleitet.

Nach der Aussprache lässt der Stadtverordnetenvorsteher über die Punkte eins und zwei der Antragsformulierung genau wie im Bau- und Planungsausschuss getrennt abstimmen.

Zu Ziffer 1. des Antragstextes:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von CDU, BFM und Piraten Partei, Nein-Stimmen von SPD; B90/Die Grünen, Marburger Linke und MBL und Enthaltung der FDP folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Zu Ziffer 2. des Antragstextes:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von Piraten Partei, Marburger Linke und einer Ja-Stimme der MBL, sowie Nein-Stimmen von SPD, B90/Die Grünen, CDU, BFM und einer Stimme der MBL folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

zu 5 Bauleitplanung der Stadt Marburg Aufstellung und öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfes

Nr. 24/4, 9. Änderung, Am Martsacker im Stadtteil Marbach
Vorlage: VO/2160/2013

Vor Aufruf dieses Tagesordnungspunktes hat der Stadtverordnete Simon (SPD) den Saal wegen möglicher Interessenkollision gemäß § 25 HGO verlassen.

Für den Umweltausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Volz (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der Fraktion Marburger Linke und der Piraten Partei mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

- **Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 24/4, 9. Änderung „Am Martsacker“ gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB) wird beschlossen. Der Bebauungsplan wird als Plan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB aufgestellt.**

Gemäß § 13a in Verbindung mit § 13 BauGB wird die öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB des Bebauungsplanentwurfes „Am Martsacker“ im Stadtteil Marbach beschlossen.

---

zu 7 Gründung einer GmbH für die Windpark-Verwaltung durch die Stadtwerke Marburg GmbH
Vorlage: VO/2232/2013

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Nein-Stimmen von FDP und BfM, Enthaltung der Fraktion Marburger Linke und Ja-Stimmen aller übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt entsprechend § 51 Ziffer 11 Hessische Gemeindeordnung der Errichtung der Firma Windparkverwaltung Marburg GmbH, die als Komplementärin einer zukünftigen Betreiberkommanditgesellschaft (KG) fungieren soll, durch die Stadtwerke Marburg GmbH zu. Der Magistrat wird ermächtigt, im Rahmen seiner Gesellschafterfunktion gegenüber der Stadtwerke Marburg GmbH entsprechende Beschlüsse zu fassen.

---

zu 8 Übernahme einer Bürgschaft für die Stadtwerke Marburg GmbH zur anteiligen Besicherung eines KfW-Darlehens im Zuge der Gebäudesanierung der Stadtwerke Marburg GmbH Vorlage: VO/2242/2013

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Universitätsstadt Marburg übernimmt gemäß §104 Hessische Gemeindeordnung (HGO) i. V. mit § 51 Ziff. 15 HGO eine Ausfallbürgschaft über 80 % eines Darlehens der Stadtwerke Marburg GmbH in Höhe von 2.852.965 € bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau. Der verbürgte Betrag lautet somit auf 2.282.372 €.

Für die Bürgschaft hat die Stadtwerke Marburg GmbH eine Bürgschaftsprovision von 0,5 % p.a. des jeweils verbürgten Restbetrages zu leisten.

Die Bürgschaft bedarf der Genehmigung durch das Regierungspräsidium Gießen.

---

zu 10 Anträge der Fraktionen

---

zu 10.1 Antrag der FDP-Fraktion betr. Oberstadtwache durchgehend besetzen Vorlage: VO/1799/2012

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Antrag wurde im Haupt- und Finanzausschuss beraten und mit Zustimmung der FDP-Fraktion auf folgende Fassung abgeändert.

„**Der Magistrat wird aufgefordert sich beim Land Hessen dafür einzusetzen, dass die Oberstadtwache mit Polizeibeamten dauerhaft besetzt wird.“**

In dieser Fassung empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Nein-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und der Piraten Partei sowie Ja-Stimmen aller übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert sich beim Land Hessen dafür einzusetzen,

dass die Oberstadtwache mit Polizeibeamten dauerhaft besetzt wird.

---

zu 10.2 Antrag der Bürger für Marburg betreffend Schiebehilfe für Fahrräder an Treppen
Vorlage: VO/1990/2013

Der Antrag ist im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Er wurde nach der Beratung von der antragstellenden BfM zurückgezogen.

Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

---

zu 10.3 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD betr. Konzept für eine quartiersbezogene Altenhilfe auf dem Richtsberg
Vorlage: VO/2048/2013

Der Stadtverordnetenvorsteher verliest die Ausschussberichte. Bereits in der Februarsitzung hat der Sozialausschuss der Stadtverordnetenversammlung empfohlen, der Vorlage zuzustimmen.

Der Antrag wurde weiterhin im Haupt- und Finanzausschuss am 19.03.2013 beraten. Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Beratung des Ältestenrates wurde auf die Aussprache jedoch verzichtet.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der MBL-Faktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten so schnell wie möglich eine konzeptionelle Planung für die Neugestaltung des Altenzentrums Sudetenstrasse 24 und einen Personalentwicklungsplan vorzulegen. Damit soll sowohl für die derzeitigen Bewohner, wie auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Marburger Altenhilfe in der Sudetenstrasse eine gute Perspektive entwickelt werden. Die Planungen sollen in engem Zusammenhang mit der Belegung und Gestaltung des Alten- und Pflegeheimes der Marburger Altenhilfe St. Jakob GmbH in Cölbe erfolgen. Das vorgelegte Konzept soll gemeinsam mit dem Heimbeirat, dem Betriebsrat, Bürgerinnen und Bürger des Richtsbergs, dem Ortsbeirat und Fachleuten beraten werden.

Folgende Aspekte soll das Konzept berücksichtigen:

- **Es soll wesentlich um die quartiersbezogene Versorgung älterer Menschen am Richtsberg gehen, im Rahmen eines gemeinschaftlichen, generationsübergreifenden Wohnens.**

- **Im Gebäude Sudetenstraße 24 soll der Vorschlag des Kuratoriums Deutsche Altershilfe „Wohnen mit Hilfe und Ausblick“ umgesetzt werden.**
- **Dabei sollen auch die Bedürfnisse älterer Menschen mit Migrationshintergrund berücksichtig werden, entsprechend dem Konzept einer „kultursensiblen Altenhilfe“.**
- **In den unteren Geschossen sollen stationäre Pflegeplätze geschaffen werden, darunter auch Angebote für an Demenz erkrankte Menschen, die dem Hausgemeinschaftskonzept entsprechen.**
- **Dort soll auch die Anlauf- und Beratungsstelle der ambulanten Pflege und sonstiger Altenhilfeangebote für das Quartier eingerichtet werden.**
- **In mindestens vier der oberen Geschosse des Gebäudes sollen Wohnungen für Studierende, ‚normale’ Mieter und für „Betreutes Wohnen“ geschaffen werden. Die Mietpreise sollen sozial verträglich sein.**
- **Es soll geprüft werden, ob auf dem Dach ein Dachcafe für die Bewohner des Hauses und des Richtsbergs eingerichtet werden kann.**
- **Für die Neugestaltung der Einrichtung am Richtsberg sollen Modellfördermittel eingeworben werden.**

Für diese bauliche und inhaltliche Neuorientierung der Marburger Altenhilfe auf dem Richtsberg ist ein Personalentwicklungsplan im Zusammenhang mit dem neuen Haus in Cölbe unabdingbar, der die Interessen der Bewohnerinnen und Bewohner wie auch des Personals berücksichtigt und ausreichende und gezielte Angebote der Fort- und Weiterbildung enthält.

---

zu 10.4 Antrag der MBL Fraktion betr. Änderung der Hauptsatzung für die Errichtung weiterer Ortsbeiräte im Stadtgebiet Vorlage: VO/2089/2013

Der Antrag wurde in der Märzsitzung vom Haupt- und Finanzausschuss an den Ältestenrat überwiesen. Der Ältestenrat hat in der Aprilsitzung vereinbart, die Vorlage zurückzustellen bis ein Votum der Stadtteilgemeinden in dieser Sache vorliegt.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag bis auf weiteres zurück.

---

zu 10.5 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Aufarbeitung der Geschichte der Marburger Stadtverordnetenversammlung in der NS-

Zeit und den Nachkriegsjahren
Vorlage: VO/2092/2013

Die Vorlage ist im Schul- und Kulturausschuss beraten worden. Es berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage. Die Fraktion von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sind dem Antrag beigetreten.

Die Vorlage ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, eine wissenschaftliche Studie in Auftrag zu geben mit dem Ziel der Erforschung der Auswirkungen des NS-Regimes auf die Zusammensetzung und Arbeit der Marburger Stadtverordnetenversammlung und die Ergebnisse in einer Stadtschrift der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Hierbei soll insbesondere erforscht werden:

1. **Die kommunale Selbstverwaltung bis 1933**
2. **Die Machtübergabe und ihre Auswirkung auf die politischen Parteien in der Stadt**
3. **Die Verdrängung der gewählten Vertreter aus Stadtverordnetenversammlung und Magistrat**
4. **Die Drangsalierung und Verfolgung von gewählten Stadtverordneten**
5. **Die „Stadtverordneten“ und Magistratsmitglieder von 1933 – 45 NS-belastete Stadtverordnete und/oder Magistratsmitglieder nach 1945**

zu 10.6 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Schaffung einer direkten Busanbindung des Gewerbegebiets Im Rudert
Vorlage: VO/2161/2013

Für den Umweltausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Volz (B90/Die Grünen). Der Beschlusstext des Antrages ist im Umweltausschuss auf folgende Fassung abgeändert worden:

"Der Magistrat wird gebeten,

1. Die Stadtwerke Marburg aufzufordern bis zur August-Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Verkehr (20.08.) unter Einbindung des Ortsbeirates Cappel und des Fahrgastbeirates einen Vorschlag zur Schaffung einer Busanbindung des Gewerbegebietes "Im Rudert" vorzulegen und auch die Bedarfe und Kosten zu ermitteln.

2. Dabei soll auch die RNV-Linie 86 mit in die Prüfung eingebunden werden."

Über die Sätze 1 und 2 wurde im Umweltausschuss getrennt abgestimmt. Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Annahme des

Beschlusstextes zu 1. und 2.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt analog zur Verfahrensweise im Umweltausschuss auch in der Stadtverordnetenversammlung über Satz 1 und Satz 2 getrennt abstimmen.

Zu Satz 1:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten,

1. Die Stadtwerke Marburg aufzufordern bis zur August-Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Verkehr (20.08.) unter Einbindung des Ortsbeirates Cappel und des Fahrgastbeirates einen Vorschlag zur Schaffung einer Busanbindung des Gewerbegebietes "Im Rudert" vorzulegen und auch die Bedarfe und Kosten zu ermitteln.

Zu Satz 2:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der Fraktion Marburger Linke, bei Ja-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

2. Dabei soll auch die RNV-Linie 86 mit in die Prüfung eingebunden werden.

---

zu 10.7 Antrag der Bürger für Marburg betr. Überarbeitung der Marburg App (Application)
Vorlage: VO/2162/2013

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Ausschussbericht liegt allen Stadtverordneten als Tischvorlage vor. Der Antrag ist im Haupt- und Finanzausschuss ausführlich beraten worden.

Die Fraktionen von SPD und B90/Die Grünen haben im Haupt- und Finanzausschuss beantragt, folgenden geänderten Beschlusstext zu beschließen.

„Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen und zu berichten, wie die Marburg App optimiert werden kann“.

Dieser Antragsfassung hat der Haupt- und Finanzausschuss einstimmig zugestimmt.

Die Piraten Partei haben im Haupt- und Finanzausschuss folgenden Änderungsvorschlag unterbreitet:

"Der Magistrat wird aufgefordert,

die bestehende Marburg App an die wirklichen Anforderungen von Touristen und sonstigen Besuchern der Stadt Marburg anzupassen und

Ideen aus der Bevölkerung bezüglich der Zielsetzung der App zu sammeln."

Diese Antragsfassung wurde vom Haupt- und Finanzausschuss mehrheitlich abgelehnt.

Die BFM Fraktion hat ihren Antrag im Haupt- und Finanzausschuss wie folgt abgeändert:

"Der Magistrat wird aufgefordert, die bestehende Marburg App an die wirklichen Anforderungen von Touristen und sonstigen Besuchern der Stadt Marburg anzupassen und ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten.“

Auch diese Antragsfassung wurde im Haupt- und Finanzausschuss zur Ablehnung empfohlen.

Der Stadtverordnetenvorsteher erklärt, in der Stadtverordnetenversammlung analog zur Verfahrensweise des Haupt- und Finanzausschusses abzustimmen.

1. Beschlussfassung über den Änderungsvorschlag von SPD und B90/Die Grünen:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der BFM mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen und zu berichten wie die Marburg App optimiert werden kann.

2. Beschlussfassung über den Änderungsvorschlag der Piraten Partei beziehungsweise Marburger Linke.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Nein-Stimmen der SPD, B90/Die Grünen und BFM, Enthaltung der MBL und Ja-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Änderungsvorschlag der Piraten Partei beziehungsweise Marburger Linke wird abgelehnt.

3. Beschlussfassung über den Änderungsvorschlag der antragstellenden Fraktion BFM.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Nein-Stimmen der SPD und B90/Die Grünen, Ja-Stimmen von CDU, BFM, Piraten Partei und FDP, sowie Enthaltungen von MBL und Marburger Linken folgenden Beschluss:

Der Änderungsvorschlag der BFM wird abgelehnt.

zu 10.8 Antrag der Bürger für Marburg betr. Einführung eines Baustellenmarketing
Vorlage: VO/2163/2013

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Antrag ist im Bau- und Planungsausschuss ausführlich beraten worden. Er wurde dort auf folgende Antragsfassung abgeändert:

„Der Magistrat wird aufgefordert, ein umfassendes Baustellenmarketing zu entwickeln, das die Bürgerinnen uns Bürger regelmäßig über geeignete Maßnahmen, wie zum Beispiel Anzeigen und Pressetexte in der Tageszeitung sowie auf der Internetseite der Stadt Marburg über den Grund, die Beeinträchtigung und die Dauer einer Baustelle in der Stadt und den Stadtteilen informiert.“

In dieser Fassung empfiehlt der Bau- und Planungsausschuss der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung.

Der Stadtverordnete Volz hat darum gebeten eine Protokollnotiz aufzunehmen, dass die Beeinträchtigungen für alle unterschiedlichen Verkehrsteilnehmer dargestellt werden sollen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über die im Bau- und Planungsausschuss geänderte Antragsfassung abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der MBL mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, ein umfassendes Baustellenmarketing zu entwickeln, das die Bürgerinnen uns Bürger regelmäßig über geeignete Maßnahmen, wie zum Beispiel Anzeigen und Pressetexte in der Tageszeitung sowie auf der Internetseite der Stadt Marburg über den Grund, die Beeinträchtigung und die Dauer einer Baustelle in der Stadt und den Stadtteilen informiert.

---

zu 10.9 Antrag der Bürger für Marburg betr. Umsetzung der EG-Richtlinie zur Umgebungslärmreduzierung 2002/49/EG für die B3a / Stadtautobahn
Vorlage: VO/2164/2013

Für den Umweltausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Volz (B90/Die Grünen). Der Umweltausschuss hat den Antrag ausführlich beraten und den Satz 3 aus der Beschlussempfehlung gestrichen. In dieser Fassung empfiehlt der Umweltausschuss die Zustimmung.

Der Stadtverordnetenvorsteher stellt die geänderte Antragsfassung zur Abstimmung. Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der CDU und der MBL und Ja-Stimmen aller übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

1. Der Magistrat möge auf die hessische Landesregierung - speziell auf das Verkehrsministerium - einwirken, dass die von der Europäischen Gemeinschaft geforderten Richtlinie zur Umgebungslärmreduzierung für die B3a / Stadtautobahn angewendet und umgesetzt wird.

2. Der Magistrat wird gebeten darüber aufzuklären, warum im technischen Abschlussbericht der Umgebungslärmkartierung Hessen 2012 Marburg nicht aufgeführt ist.

---

zu 10.11 Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis90/Die Grünen betr. Stärkung der Selbsthilfe psychoseerfahrener Menschen Unterstützung einer EX-Initiative Hessen in Marburg Vorlage: VO/2166/2013

Für den Sozialausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Severin (SPD). Der Sozialausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Nein-Stimmen der CDU und Ja-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Die Stadt Marburg unterstützt die Initiativen und Selbsthilfe psychoseerfahrener Menschen bei der Gründung eigener Organisationen, bei Aktivitäten zur Information, Beratung und Begleitung sowie bei der Durchführung von entsprechenden Veranstaltungen.
Die derzeit noch informelle Initiative zur Gründung eines Vereins EX-IN-Hessen wird von der Stadt Marburg gefördert.

---

zu 10.14 Antrag der FDP-Fraktion betr. Zugänge zum alten botanischen Garten Vorlage: VO/2208/2013

Der Antrag ist im Bau- und Planungsausschuss zurückgestellt worden bis zum Vorliegen des Parkpflegewerks.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage vorläufig zurück.

---

zu 10.15 Antrag der Fraktionen SPD und B90/Die Grünen betr. Integriertes Pflegeangebot für die westlichen Marburger Stadtteile Vorlage: VO/2209/2013

Für den Sozialausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Severin (SPD). Der Sozialausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei einer Enthaltung aus der CDU Fraktion und Enthaltung der Piraten Partei mit dem übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Magistrat der Stadt Marburg wird gebeten, im Bereich der westlichen Stadtteile, ggf. in Michelbach, eine Einrichtung mit dem integrierten Angebot von aufsuchender Pflege, ambulanter Pflege, stationärer Pflege vorzusehen.

Die Stadt Marburg soll einen geeigneten Standort erwerben und einem erfahrenen Träger aus der Altenhilfe zur Verfügung stellen.

Das Vorhaben soll mit den Ortsbeiräten der westlichen Stadtteile abgestimmt werden.

Anmerkung: Der Stadtverordnete Muth (CDU) hat an der Beratung dieses Tagesordnungspunktes wegen möglicher Interessenkollision gemäß §25 HGO nicht teilgenommen.

---

zu 10.16 Antrag der Fraktionen SPD und B90/Die Grünen betr. Kürzungen bei den Personalzuweisungen für die Schulen für Kranke in Marburg Vorlage: VO/2218/2013

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von SPD, B90/Die Grünen, sowie Marburger Linke und Piraten Partei, Nein-Stimmen von CDU und MBL und bei Enthaltung der BFM folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten die Kultusministerin des Landes Hessen aufzufordern, die ab dem Schuljahr 2011/12 durchgeführten Kürzungen der Personalzuweisungen für die Schulen für Kranke umgehend zurückzunehmen. Damit sollen angemessene Bedingungen für guten und zufriedenstellenden Unterricht an den Schulen für Kranke wieder hergestellt werden.

---

zu 10.17 Antrag der Piraten-Partei betr. Pilotprojekt Dachgarten im Seniorenzentrum Sudetenstraße 24 (Marburger Altenhilfe St. Jakob gGmbH) Vorlage: VO/2224/2013

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Vorlage ist auch im Sozialausschuss beraten worden. Es berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Severin (SPD). Auch der Sozialausschuss empfiehlt die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenersammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, inwieweit sich bei der geplanten Neugestaltung des Seniorenzentrums Sudetenstraße 24 am Oberen Richtsberg das angedachte Dach-Café mit einem Dachgarten kombinieren lässt – möglichst unter Einbeziehung der gesamten Flachdachfläche.

---

zu 10.19 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Vorstellung des Berichts zur Geschichte der „Marburger Jäger“ Vorlage: VO/2227/2013

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag.
Die Fraktionen SPD und B90/Die Grünen sind der Vorlage beigetreten. Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die von der Stadtverordnetenversammlung in Auftrag gegebene Studie der Marburger Geschichtswerkstatt zur Geschichte der „Marburger Jäger“ wird in einem angemessenen Rahmen im Mai 2013 im historischen Rathaussaal oder im Stadtverordnetensitzungssaal der Öffentlichkeit vorgestellt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um **21:25 Uhr.**

Löwer
Stadtverordnetenvorsteher

Rink
Vorsitzender
der SPD-Fraktion

Stompfe
Vorsitzender
der CDU-Fraktion

Wagner
Protokoll und
Geschäftsstelle

Anlagen
Dringlichkeitsanträge
Aufstellung Kleine Anfrage Nr. 12

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Dringlicher Antrag der Fraktion Marburger Linke	Vorlagen - Nr.:	VO/2273/2013	TOP
	Status:	öffentlich	9.1
	Datum:	25.04.2013	
	Eingang:	25.04.2013	

Stadtverordnetenversammlung Marburg

Beratende Gremien: Stadtverordnetenversammlung Marburg

Dringlicher Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Stillstand in der Hauptpost

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, sich umgehend bei der Deutschen Post AG für einen verbesserten Service in der Hauptpost in der Bahnhofstraße einzusetzen.

Begründung:

Seit Jahren sind in der Hauptpost in der Bahnhofstr. lange Wartezeiten bekannt. Derzeit scheint es besonders schlimm zu sein, beklagen doch die Kunden Wartezeiten bis zu 1 Stunde.(OP 16/04)
Das gilt sowohl für private als auch geschäftliche Post. Eine Firmenmitarbeiterin berichtet, dass sie täglich wichtige termingebundene Briefe zur Hauptpost bringe und nun an jedem Tage von Montag bis Samstag unfassbare Zustände mit langen Warteschlangen herrschen. Obwohl doch laut einer internen Servicerichtlinie der Post kein Kunde länger als 5 Minuten warten soll, gehe derzeit unter einer halben Stunde Wartezeit kaum etwas.

Aber auch die MitarbeiterInnen der Post sind die Leidtragenden, kriegen sie doch den Frust der Wartenden ab und erkranken, obwohl sie ihr Bestes geben. Aufgrund der unhaltbaren Sparpolitik der privatisierten Post sind zu wenig MitarbeiterInnen vor Ort und manchmal nur 1 oder 2 statt 4 Schaltern besetzt. Auch der Paket-Einwurfautomat vor Ort wird nicht oft genug geleert, so dass der Kunde sein vorfrankiertes Paket nicht einwerfen kann und sich in die Warteschlange stellen muss.

Es besteht zwar für die KundInnen die Möglichkeit der Einzelbeschwerde, diese ist aber offensichtlich wenig erfolgreich. Daher soll sich der Magistrat an die Postdirektion wenden und einen nachhaltigen besseren Service mit mehr Personal einfordern.(Adresse : Dt. Post AG, Kundenservice Brief. 53247 Bonn.)

Henning Köster Tanja Bauder Hatise Adsan Jan Schalauske

Ausdruck vom: 25.04.2013
Seite: 1/1

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Dringlicher Antrag der CDU-Fraktion	Vorlagen - Nr.:	VO/2274/2013	TOP
	Status:	öffentlich	
	Datum:	25.04.2013	—
	Eingang:	25.04.2013	
Stadtverordnetenversammlung Marburg			
Beratende Gremien:	**Stadtverordnetenversammlung Marburg**		

Dringlicher Antrag der CDU-Fraktion betr. Öffnung Elisabethkirche

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadt Marburg möge unverzüglich dazu beitragen, dass die Elisabethkirche an Montagen wieder geöffnet und an allen Wochentagen in den Monaten April bis Oktober bis um 18 Uhr geöffnet ist.

Begründung:

Die Elisabethkirche ist ein herausragendes Kulturgut in Deutschland. Sie zieht Gäste aus allen Teilen der Welt an. Die 750 Jahre alte Elisabethkirche steht im Rang eines UNESCO Weltkulturerbes.
Es sollte im Interesse der Stadt liegen, dass kein Marburger Gast, der wegen dieses Kulturgutes Marburg besucht, unverrichteter Dinge Marburg wieder verlässt. Die Stadt Marburg bewirbt Touristen und wünscht sich Gäste in die Stadt. Es wäre schade, wenn Marburger Gästen die Gelegenheit des Besuches der Elisabethkirche verwehrt wäre. Die Gäste beleben nicht nur unsere Stadt, sondern sie helfen durch ihre Kaufkraft ebenso der heimischen Wirtschaft. Darum ist eine Schließung dieser Stadtattraktion kontraproduktiv und nicht verständlich. Ebenso die Schließung um 17 Uhr ist für viele Besucher zu früh, da sie, vor allem Pilger, unsere Stadt nach einer Anreise erst am Nachmittag erreichen.

Wir bitten dringend einen Weg zu finden, wie durch eine Zusammenarbeit von Stadt, heimischer Wirtschaft und der Landeskirche diese Misere überwunden und der Elisabethkirchengemeinde finanziell geholfen werden kann, damit diese Touristenattraktionen weiterhin am Montag und an den anderen Wochentagen bis 18 Uhr zugänglich bleiben kann.

Anni Röhrkohl **Philipp Stompfe**

ANLAGE NR. 12

Mittagsversorgung an städt. Schulen Marburg /Übersicht zur Kleinen Anfrage Lfd. 12/2013

Stand: 10.04.2013

Schule	**Betreiber/Pächter der Cafeteria**	**tägl. Essen im Durchschnitt ***	**Speiseplan nach Leistungsvereinbarung**
Friedrich-Ebert-Schule *2	Integral gGmbH	66	X
Theodor-Heuss-Schule *1	JUKO Marburg e.V	48	X
Gymnasium Philippinum *1	Integral gGmbH	36	X
Elisabethschule *1	"Die Pausenprofis"	14	X
Martin-Luther-Schule *2	Integral gGmbH	16	X
Emil-von-Behring-Schule incl. Betreuungsangebot	Hofmann Menü/Schule	39	
Röntgenberg-Gesamtschule *2	Integral gGmbH	62	X
Kaufmännische Schulen *1	Bäckerei Dickel	6	X
Adolf-Reichwein-Schule	"Die Pausenprofis"	0	bisher kein Bedarf
Adolf Reichwein Schule	Fa. Kuhl/ Imbißwagen	0	
Käthe-Kollwitz-Schule	Kioskangebot/Fa. Knapp	0	Essen durch Jahnküche Hotelfachschule
Betreuungsangebote + Ganztagsangebote	**Speiselieferant**		
Erich Kästner-Schule *1	Eßtragon GmbH	44	X
GS Marbach/BGH Marbach *1	Eßtragon GmbH	78	X
GS Michelbach *1	Eßtragon GmbH	64	X
Schule am Schwenhof *1	Lahnwerkstätten	28	X
Otto-Ubbelohde-Schule *1	Integral gGmbH	60	X
Waldschule Wehrda *1	apetito plus Frischkost	36	X
Mosäikschule *2	Eigene Herstellung/Küche	48	X
Gerhart-Hauptmann-Schule *1	JUKO Marburg e.V.	45	X
GS Elnhausen *1	Lahnwerkstätten	14	X
Erich Kästner-Schule/Förderschule KB *3	Eßtragon GmbH	13	X
Theodor-Heuss-Schule *1	JUKO Marburg e.V.	66	X
Brüder-Grimm-Schule/freier Träger *1	Fleckenbühl	37	Vereinbarungen zum Speiseplan
Tausenfüßler-Schule/freier Träger *1	Fleckenbühl	25	obliegen den freien Trägern
Tausenfüßler Schule/freier Träger *1	Kindergarten Bauerbach	13	Speiseplan durch städtischen Kindergarten
Summe		**915**	

Legende

Es wurden die Essenzahlen vom November 2012 der Tabelle zugrunde gelegt. Der Monat November 2012 hatte 22 Schultage.

*1 Essensangebot Montag bis Freitag, 22 Tage im Nov. 2012

*2 Essensangebot von Montag bis Donnerstag, 17 Tage im Nov. 2012.

*3 Essensangebot Montag und Donnerstag, 9 Tage im Nov. 2012.

Aufstellung: FD Schule/10.04.2013 nach Anmeldezahlen und Subventionsanweisungen.